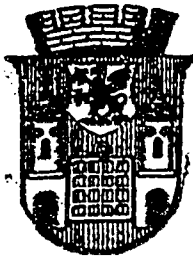


# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 195

Montag, den 20. August 1928

35. Jahrgang

## Chronik des Tages.

- \* Stresemann hat die Einladung nach Paris endgültig angenommen.
- \* Auf der Tagung des sozialdemokratischen Parteiaussschusses wurden scharfe Kritiken an der Haltung der sozialistischen Minister in der Panzerkreuzerfrage laut.
- \* Ein deutsch-chinesischer Vertrag wurde vom deutschen Gesandten v. Borch und dem chinesischen Außenminister Wang unterzeichnet.
- \* Die Regierung teilt mit, daß noch 5 Deutsche dem französischen Strafvolzug unterliegen.
- \* Der alte deutsch-portugiesische Schadensersatzkonflikt wegen Angola wurde durch Schiedspruch gegen Deutschland entschieden.
- \* Gegen die Ablehnung der Amnestie für Staatsanwalt a. D. Frieders ist Berufung u. a. beim Justizminister eingelegt.

## Sozialdemokratie und Panzerkreuzer.

### Gütliche Beilegung des Parteikonflikts.

Der von den sozialdemokratischen Führern sinnerfüllte Parteiaussschuß der Sozialdemokratischen Partei, der die Aufgabe haben sollte, die innerhalb der Partei wegen der Zustimmung der sozialistischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers A ausgebrochene schwere Krise beizulegen, trat in Berlin gemeinschaftlich mit der Reichstagsfraktion zusammen. Fast 180 Personen waren der dringlichen Einladung gefolgt und versammelten sich um 10 Uhr vormittags im Reichstagsgebäude.

Von den sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern waren Reichszugler Hermann Müller-Franken sowie die Minister Severing und Hilferding anwesend.

Obwohl die Sitzung für vertraulich erklärt wurde, eröffnet man, daß die Verhandlungen durch eine Rede des Reichszuglers

eröffnet wurden. Dieser wies darauf hin, daß nach den Beschlüssen des früheren Reichstages und nach der Entscheidung des Reichsrats keine Möglichkeit vorgelegen habe, den Bau des Panzerkreuzers zu verhindern. Zweifellos würde eine Ablehnung des Kreuzerbaues durch die sozialistischen Kabinettsmitglieder zu einer Regierungskrise geführt haben. Die völksparteilichen Minister seien eben in solchem Falle gezwungen gewesen, die Konsequenzen zu ziehen. Aber auch bezüglich der Zentrumsmisere habe die gleiche Gefahr bestanden.

Nicht weniger als zehn Redner ergriffen nach diesen Ausführungen des Reichszuglers das Wort, unter ihnen auch Dr. Breicheld sowie die Minister Severing und Hilferding. In zahlreichen Reden kam unversehens die Mißstimmung über das Verhalten der Minister zum Ausdruck. Es wurde engere Fühlungnahme zwischen der Fraktion und ihren Vertretern im Kabinett auf das energischste verlangt. Insbesondere wurde auch auf die Wirkung des Kabinettsbeschlusses bei den Wählern hingewiesen. Es wurden verschiedene Entschlüsse und Anträge eingebracht, in denen gegen den Bau des Panzerkreuzers scharf Stellung genommen wurde.

Während der Mittagspause fanden zwischen den einzelnen Gruppen vertrauliche Besprechungen statt, um eine Kompromißformel zu erzielen.

In der Nachmittagsitzung drängten sich alsdann die Redner aus allen Teilen des Reiches zur Aussprache. Es sollen insgesamt über 70 Wortmeldungen erfolgt sein.

Die Tendenz, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, die den sozialdemokratischen Ministern die Fortführung der Geschäfte ermöglicht, war in zahlreichen Reden sehr ausgeprägt, doch kam auch die Kritik in sehr unverhüllter, zuweilen scharfer Weise zum Ausdruck. Die anwesenden Minister sowie der Reichszugler triffen mehrfach in die Debatte ein. Jedenfalls wird die Haltung der sozialistischen Minister, auch in dem gemäßigteren Lager allgemein „bedauert“. Ein entsprechender Antrag, der das „Bedauern“ der Partei ausdrückt, war dann auch in Umlauf.

Die Beratungen dauerten bis in den späten Abend an.

### Das Kommuniqué.

Die Beratungen schlossen mit der Annahme einer Entschließung ab, in der Reichstagsfraktion und Parteiaussschuß dem kürzlichen Beschluß des Fraktionsvorstandes vom 15. d. M. beitreten, der die Haltung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder bedauert. Die Parteinstanzen halten enge und ständige Fühlung der Minister mit Reichstagsfraktion und Parteiaussschuß in allen politischen Fragen für notwendig. Andererseits wird die Beteiligung der Partei an der Regierung für die Interessen der Arbeiterklasse so hoch eingeschätzt, daß die Versammlung trotz Beibehaltung ihres prinzipiellen Standpunktes zum Kreuzerbau es nicht für notwendig erachtet, den Rücktritt der sozialistischen Minister aus dem Kabinett zu verlangen.

## Stresemanns Pariser Reise.

### Die endgültige Zusage an de Margerie übergeben.

Die deutsche Antwort auf die Einladung des französischen Außenministers Briand zur Teilnahme an der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes ist dem französischen Botschafter in Berlin überreicht worden. Die Antwort enthält die Zusage Dr. Stresemanns.

Der Reichsaußenminister, der am Sonntag abend von seinem Kurzaufenthalt nach Berlin zurückkehrt, wird ohne Begleitung nach Paris reisen.

### Der Quai d'Orsay bestätigt.

Der Quai d'Orsay bestätigt, daß die Reichsregierung die französische Regierung amtlich davon unterrichtet habe, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann Deutschland bei der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes offiziell vertreten werde.

### „Keine Verhandlungen über Rheinlandräumung.“

Im Zusammenhang mit der Zusage Stresemanns, nach Paris zu fahren, wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß es sich um eine persönliche Einladung handelt.

Vorausichtlich würden den Minister nur sein Privatsekretär sowie einige jüngere Beamte des Auswärtigen Amtes begleiten. Die Erörterung irgendwelcher über den Kelloggpaht hinausgehender Fragen sei nicht vorgesehen.



Staatssekretär Kellogg

hat sich nach Europa eingeschifft.

Der Unterzeichnungsakt wird am 27. August um 3 Uhr vor sich gehen. Abends wird alsdann im Außenministerium ein großes Essen gegeben werden. Ueber die bereits bekannten Veranstaltungen gelegentlich der Unterzeichnung hinaus wird noch bekannt, daß voraussichtlich Staatssekretär Kellogg am Dienstag abend ein Essen geben wird.

Diese Verlautbarung muß nach dem bekannten Talleyrand'schen Rezept gelesen werden, daß die Worte dem Menschen gegeben wurden, um seine Gedanken zu verbergen.

Nachdem Staatssekretär Kellogg sich dagegen gestraubt hat, in irgendwelche europäische Diskussionen hineingezogen zu werden, muß natürlich von allen Seiten aus Gründen der internationalen Höflichkeit und des diplomatischen Takts hervorgehoben werden, daß auf der Pariser Tagesordnung lediglich die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes steht.

Damit wird auch der offizielle Teil der Pariser Reise Stresemanns erschöpft sein.

Daß aber nebenher, in privaten Unterhaltungen auch die Probleme der Rheinlandräumung, der interalliierten Schulden, des französisch-englischen Seerüstungsabkommens usw. behandelt werden, dürfte außer Frage stehen. Und diese „Privatunterhaltungen“ sind sogar zweifellos durch die üblichen diplomatischen Kanäle gründlich vorbereitet.

Das offizielle Programm allerdings weiß von ihnen nichts. Und insofern entspricht die oben wieder-gegebene Verlautbarung aufs genaueste der Sachlage.

## Rüsselsheim.

### Beilegung des Bahnstreckenreitens amtlich bestätigt.

Von der Hessischen Amtlichen Pressestelle wird mitgeteilt: „Die Zeitungsnachrichten, wonach auf Grund der Verhandlungen des deutschen Botschafters in Paris in Kürze mit einer Entscheidung der Botschafterkonferenz zu rechnen sei, die den Anschluß des Verladebahnhofes der Firma Opel in Rüsselsheim an das Hauptgleise der Reichsbahn ermöglicht, werden an hiesiger amtlicher Stelle bestätigt.“

## Deutsch-chinesischer Vertrag unterzeichnet.

### Handelsvertragsverhandlungen stehen bevor.

Der deutsche Gesandte in China, Dr. v. Borch, und der Außenminister der Nankingregierung, Dr. Wang, haben im Namen ihrer Regierungen einen Vertrag unterzeichnet, durch den sich beide Länder völlige Gleichstellung in Zoll- und verwandten Angelegenheiten zusichern und sich verpflichten, so bald als möglich in Verhandlungen über den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages auf der gleichen Grundlage einzutreten. Der Vertrag ist eine Ergänzung zum deutsch-chinesischen Vertrag vom Mai 1921.

Der jetzt zwischen Deutschland und der Nankingregierung unterzeichnete Vertrag ergänzt in wünschenswerter Weise den deutsch-chinesischen Vertrag vom Mai 1921. In diesem waren die Zollfragen nur provisorisch behandelt. China gehörte ja zu den „Siegermächten“ und genöß also damals noch das berückichtigte fünfjährige Meistbegünstigungsrecht auf Grund des Friedensvertrages.

Eine Neuregelung war seit Außerkrafttreten des Artikels 264 des Versailler Vertrages unumgänglich nötig, zumal der Umsturz in China jetzt eine für das ganze chinesische Territorium, wenigstens formell, repräsentative Regierung geschaffen hat. Bekanntlich hat China kürzlich auch mit Amerika einen förmlichen Zollvertrag abgeschlossen und verhandelt mit zahlreichen anderen Regierungen über entsprechende Verträge.

## Deutsche in französischen Gefängnissen.

### Fünf Deutsche unter französischem Strafvolzug.

Im Zusammenhang mit der von einem Teil der deutschen Presse geübten Kritik an der von zuständiger Stelle gegebenen Verlautbarung über die Frage „Deutsche Gefangene in französischen Gefängnissen“ wird ergänzend folgendes bemerkt:

Grundsätzlich ist die Lage so, daß der Strafvolzug für deutsche Gefangene in deutschen Händen liegt. Ausgenommen sind Spionagefahnen und Angriffe auf das Leben von Besatzungsangehörigen.

Nach den inzwischen vorgenommenen Feststellungen verbüßen zur Zeit 68 Gefangene, die von den Franzosen verurteilt wurden, Strafen. Ferner befinden sich 9 Personen in Untersuchungshaft. Von diesen 77 Personen befinden sich 5 Deutsche in französischen Gefängnissen, nämlich 3 wegen Spionage, 1 wegen Mordes und einer wegen Totschlages. Die übrigen befinden sich mit Ausnahme der Untersuchungsgefangenen in deutschen Gefängnissen.

## Schadenersatz an Portugal.

### Schiedspruch über portugiesische Ansprüche an Deutschland.

Ein Schiedsgericht unter Vorsitz des schweizerischen Nationalrates de Meuron fällt nach umfangreichen Verhandlungen einen Schiedspruch über die Ansprüche, die Portugal auf Grund des § 4 der Anlage zu Artikel 298 des Versailler Vertrages gegen Deutschland aus Unlaf von Vorgängen im Grenzgebiet der ehemaligen deutschen und der portugiesischen Kolonien erhoben hat.

Der Schiedspruch stellt sich auf den Standpunkt, daß Deutschland verpflichtet sei, gewisse unmittelbare Schäden zu vergüten, und daß Portugal „in sehr beschränktem Maße“ Anspruch auf Ersatz eines Teiles der indirekten Schäden habe.

Es wird noch die Höhe der Ansprüche durch das Schiedsgericht festgestellt werden. Zunächst ist der portugiesischen Regierung aufgegeben worden, die unmittelbaren Schäden ziffernmäßig zu begründen.

## Kolonisationspläne in Suriname.

### Eine Studienkommission bereits zurückgekehrt.

Von der Erwägung ausgehend, daß die deutschen kolonialen Arbeits- und Finanzkräfte durch den Verlust der überseeischen Besitzungen Deutschlands zu unwillkürlicher Ruhe verurteilt sind und ohne Zweifel bereitwillig die Gelegenheit ergreifen werden, auf vertrautem Arbeitsgebiet ihre Betätigung wieder aufzunehmen, haben deutsch-holländische Wirtschaftskreise die Gründung eines großzügigen Kolonisations-Unternehmens in Suriname (Niederländisch-Guyana) in die Wege geleitet. Zur Vorbereitung des Unternehmens wurde das „Deutsche Pflanzungsabndilat für Suriname“ begründet, dem führende deutsche Kolonialfachverständige, wie Gouverneur a. D. Dr. Sahli und der Generaldirektor der Westafrikanischen Pflanzungs-gesellschaft „Victoria“, W. Kemmer, angehören.